



# Fehlendes Gesundheitsmanagement kostet Millionen

**Jedes Jahr gibt das Land nach Berechnungen der GdP 280 Millionen Euro für Polizeibeamte aus, von denen es nicht viel hat, weil sie krankheitsbedingt nicht oder nur mit Einschränkungen für den Dienst zur Verfügung stehen. Umgerechnet in Stellen fehlen dadurch in NRW 7400 Polizisten. Bei einem Expertengespräch des Innenausschusses Mitte Januar hat die GdP deshalb erneut darauf gedrängt, endlich ein betriebliches Gesundheitsmanagementsystem für die Polizei zu entwickeln.**

Anlass der Expertenanhörung war eine Kleine Anfrage, die die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen bereits im Dezember 2008 vorgelegt hat. Bei deren Beantwortung musste Innenminister Ingo Wolf (FDP) im vergangenen Jahr erstmals offiziell einräumen, was die GdP ihm zuvor immer schon vorgeworfen hat: dass der Krankenstand bei der Polizei viel zu hoch ist. 7583 der NRW-weit 45000 Beschäftigten der Polizei sind im Jahr sechs Wochen oder länger krank – so lautet das Ergebnis, der damaligen, eigens wegen der Anfrage der Grünen vom Innenminister in die Wege geleiteten Abfrage bei den Polizeibehörden. Bis dahin hatte Wolf keine Daten über den Krankenstand bei der Polizei vorliegen. Und auch danach konnte er nur die Zahl der langfristig Erkrankten benennen, nicht aber Daten über den durchschnittlichen Krankenstand vorlegen.

Andere Länder wie Sachsen-Anhalt, Berlin und Niedersachsen sind da längst weiter, denn in allen drei Ländern gibt es bereits seit längerem ein betriebliches Gesundheitsmanagement für die Polizei. Berlin wurde dafür 2007 sogar eigens von der EU-Kommission ausgezeichnet.

Legt man die Erfahrungen dieser drei Bundesländer zu Grunde, zeigt sich nicht nur, dass der Krankenstand bei der Polizei durch eine Vielzahl systematisch aufeinander abgestimmter gesundheitsfördernder Maßnahmen nachhaltig reduziert werden kann, sondern auch, dass die

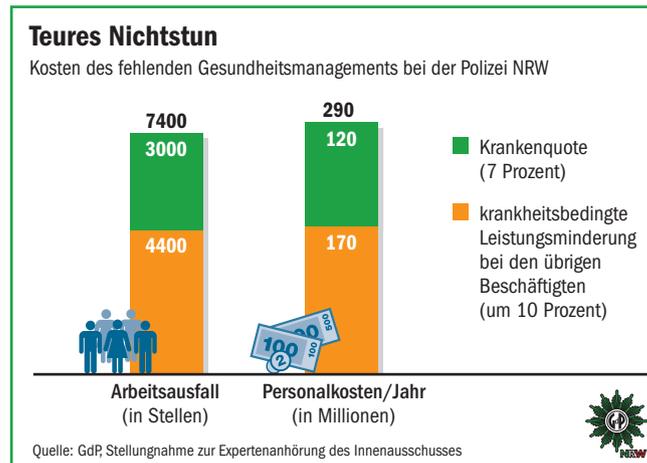
Kosten eines fehlenden Gesundheitsmanagements erheblich höher sind, als bislang von Innenminister Wolf suggeriert. Denn es bleibt nicht bei den 7583 Polizeibeamten, die laut Wolf pro Jahr sechs Wochen oder länger für den aktiven

gleiche Krankenquote auch für NRW, würde das bedeuten, dass hochgerechnet auf die Zahl der Beschäftigten jeden Tag 3000 Polizisten fehlen, die für den täglichen Dienst nicht zur Verfügung stehen. Hinzu kommt der Arbeitsausfall durch diejenigen Beschäftigten, die zwar zum Dienst erscheinen, krankheitsbedingt aber nicht die volle Leistung erbringen können. Nimmt man auch hier die in Niedersachsen gemessene Quote der durchschnittlichen Leistungsminderung von zehn Prozent als Grundlage, bedeutet das für NRW rechnerisch den Ausfall von weiteren 4400 Beschäftigten. In der Summe fehlen also krankheitsbedingt in NRW 7400 Polizisten (siehe Grafik).

Natürlich lassen sich auch bei der Polizei nicht alle krankheitsbedingten Arbeitsausfälle vermeiden, aber deren Höhe ließe sich durch ein auf die spezifischen Anforderungen des Polizeiberufs zugeschnittenes Gesundheitsmanagementsystem deutlich reduzieren. Mit positiven Folgen für alle Beschäftigten: Denn wenn es gelingen würde, den Krankenstand bei der Polizei nur um einen einzigen Prozentpunkt zu reduzieren, ständen auf einen Schlag 400 Polizisten mehr für den aktiven Dienst zur Verfügung.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat der GdP-Landesvorsitzende Frank Richter während der Expertenanhörung den Innenpolitikern der Fraktionen eine ganze Reihe konkreter Vorschläge präsentiert:

Nach Auffassung der GdP ist eine Rückführung des hohen Krankenstands bei der Polizei nicht im Schnelldurchgang zu erreichen, sondern es bedarf einer langfristig angelegten Strategie, die auf einer ganzen Reihe aufeinander abgestimmter Einzelmaßnahmen aufbaut.



**Nach Berechnungen der GdP fehlen der Polizei in NRW jeden Tag auf Grund von Krankheit oder krankheitsbedingten Leistungseinschränkungen 7400 Beamte, die nicht für den aktiven Dienst zur Verfügung stehen.**

Dienst ausfallen, sondern es kommen auch die Ausfalltage der Kolleginnen und Kollegen hinzu, die im Jahr weniger als sechs Wochen krank sind. Und ebenso die verminderte Arbeitsleistung von Polizisten, die auf Grund von Krankheit oder von Verletzungen nur eingeschränkt arbeitsfähig sind. All das fehlte in Wolfs Aufstellung für den Innenausschuss.

Niedersachsen ist auch in diesem Punkt erheblich weiter. Dort wurde die Krankenquote exakt ermittelt. Sie liegt bei sieben Prozent. Unterstellt man die



Fortsetzung von Seite 1

Von der gezielten Gesundheitsprävention für alle – für Polizeibeamte und Tarifbeschäftigte – über die Förderung einer gesunden Ernährung und den Ausbau des Dienstsportes bis hin zur Durchsetzung neuer Arbeitszeitmodelle, die dem demografischen Wandel bei den Beschäftigten der Polizei gerecht werden. Noch wichtiger ist, dass alle Beteiligten in die Entwicklung des Gesundheitsmanagements einbezogen werden. Von den Führungskräften in den einzelnen Dienststellen bis zu den Beschäftigten selbst. Von den einzelnen Fachressorts bis zu den Personalräten. Nicht nur die Dienstpläne der Polizei müssen auf den Prüfstand gestellt werden, sondern zum Beispiel auch die Verpflegungsangebote während der Arbeitszeit. Der Dienstsport gehört ebenso dazu, wie das Angebot gesundheitspräventiver Maßnahmen.

### Auch die Wiedereingliederung gehört dazu

Auch die Frage, wie Kolleginnen und Kollegen, die nach einer längeren Krankheit oder einer Verletzungsphase wieder zurück in den Dienst kommen, in den betrieblichen Alltag integriert werden sollen, gehört dazu. Während der Anhörung des Innenausschusses hat Frank Richter ausdrücklich darauf hingewiesen, dass hier ein erheblicher Handlungsbedarf besteht. „Das bereits seit 2004 für alle Unternehmen und Behörden im SGB IX vorgeschriebene betriebliche Eingliederungsmanagement für Langzeiterkrankte findet bei der Polizei zu wenig Beachtung“ kritisierte Richter. Zudem hält es die GdP für nicht akzeptabel, dass viele Behörden langfristig erkrankte Kollegen lieber in den Ruhestand schicken, statt sie wieder in die Behörde zu integrieren. Die GdP fordert, dass die Wiedereingliederung Vorrang vor einer Zuruhesetzung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen haben muss. Ein Thema, das in den kommenden Jahren wegen des rasant steigenden Altersdurchschnitts bei der Polizei massiv an Bedeutung gewinnen wird. Für die GdP gehören deshalb auch Möglichkeiten für die Kolleginnen und Kollegen, die aus besonders belasteten Arbeitsbereichen kommen, ohne Abschlüsse früher aus dem aktiven Dienst ausschieden können, mit zu einem ganzheitlichen Gesundheitsmanagement für die Polizei. Die Forderung dafür ist ganz klar: 30 Jahre Wach- und Wechseldienst sind genug.

## 400 Stellen mehr, die wir gut gebrauchen könnten

Es geht um 280 Millionen Euro. So viel muss das Land jedes Jahr für Polizisten und für Tarifbeschäftigte bei der Polizei aufbringen, die krankheitsbedingt nicht oder nur eingeschränkt für den aktiven Dienst zur Verfügung stehen. Sicher, nicht alle Krankheitskosten lassen sich vermeiden. Dafür ist der Polizeiberuf mit zu vielen Gesundheitsrisiken verbunden. Und auch ganz normale Krankheiten machen ja nicht plötzlich Halt, nur weil es um Polizisten geht. Aber vieles ist auch hausgemacht. Vieles ließe sich vermeiden, wenn der Innenminister endlich seine jahrelange Blockadehaltung gegen die Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements bei der Polizei aufgeben würde.



Wie das geht, haben uns andere Bundesländer längst vorgemacht. Und auch, was ein betriebliches Gesundheitsmanagement bringt. Wenn wir es zum Beispiel schaffen würden, die Zahl der krankheitsbedingt ausfallenden Arbeitstage bei der Polizei zumindest um ein Prozent zu senken, hätten wir auf einen Schlag jeden Tag 400 Kolleginnen und Kollegen mehr für den aktiven Dienst zur Verfügung. Würde die Krankheitsquote noch stärker sinken, wäre der Gewinn sogar noch größer.

Gute Idee, wird der eine oder andere jetzt vielleicht denken, aber ein betriebliches Gesundheitsmanagement kostet Geld. Und Geld hat das Land keins. Wer so denkt, denkt wie Wolf. Aber das ist altes Denken. Das ist ein Denken, das die Probleme nur beschreibt, sie aber nicht wirklich löst. Wer weiter denken will, wer die Probleme wirklich lösen will, muss bereit sein, auch von anderen zu lernen. Auch beim Gesundheitsmanagement. Und dann wird er sehr schnell erkennen, dass ein betriebliches Gesundheitsmanagement nicht nur Geld kostet, sondern dass die Ausgaben dafür eine sinnvolle Investition sind. Eine Investition, die sich sehr schnell rechnet. Nicht nur durch sinkende Krankenstände, sondern auch durch eine endlich wieder steigende Arbeitszufriedenheit bei der Polizei. **Frank Richter**

## GdP fordert Entsendegesetz

Wenn es nach der Bundesregierung geht, dann soll noch in diesem Jahr die Zahl der deutschen Polizisten, die in Afghanistan als Ausbilder für die dortige Polizei eingesetzt sind, verdoppelt werden. Von derzeit rund 140 auf dann fast 300. Das zivile Engagement Deutschlands in Afghanistan müsse gestärkt werden, damit die Zahl der Soldaten verringert werden kann, so lautet das offizielle Argument der Bundesregierung.

NRW's Innenminister Ingo Wolf (FDP) hat dem bereits zugestimmt. Ohne vorherige öffentliche Diskussion hatte Wolf Ende vergangenen Jahres erklärt, dass die Zahl der aus NRW nach Afghanistan entsandten Polizisten bis zum Sommer ebenfalls verdoppelt werden soll. Die GdP lehnt das ab. In einem Beitrag im Nachrichtenmagazin „Der Spie-

gel“ hat GdP-Landesvorsitzender Frank Richter gefordert, dass vor der Entsendung von weiteren Polizeibeamten nach Afghanistan der Landtag von Nordrhein-Westfalen ein entsprechendes Entsendegesetz verabschieden muss. Denn anders als bei den Soldaten entscheidet bei den Polizisten bislang kein Parlament, ob und unter welchen Bedingungen Polizisten in Krisengebiete anderer Länder geschickt werden sollen. Weder der Bundestag noch der Landtag, der auf Grund des Föderalismus die Verantwortung für die Beschäftigten des Landes trägt. Zudem hat Richter im „Spiegel“ gefordert, dass die Bundesregierung vor einer Entscheidung des Landtags über ein Entsendegesetz erklären muss, ob es sich in Afghanistan um einen Kriegseinsatz der Bundeswehr handelt oder nicht.



# Korrekturen bei der Funktionszuordnung durchgesetzt

**Kurz vor Weihnachten, am 18. Dezember vergangenen Jahres, hat Innenminister Ingo Wolf dem Polizeihauptpersonalrat den lange angekündigten Erlassentwurf zur Besetzung freier Funktionen nach A 12 und A 13 vorgelegt. Wäre der Entwurf Wirklichkeit geworden, hätte das zu einem massiven Vertrauensverlust bei den Führungskräften der Polizei geführt. GdP und der Polizeihauptpersonalrat haben das gemeinsam verhindert.**

Obwohl der Erlass zur Besetzung freier Funktionen im Bereich A 12 und A 13 lange angekündigt worden war, hat der Entwurf des Innenministers alle Beteiligten überrascht. Denn ohne Not wurden darin alle in der Vergangenheit getroffenen sozialen Regelungen zur Umsetzung der FZO aufgegeben – zum Nachteil der Kolleginnen und Kollegen. Um eine genaue Bewertung des Entwurfs vornehmen zu können, ist trotzdem ein Blick in dessen Entstehungsgeschichte notwendig. Denn auch der Innenminister war nicht ganz frei in seiner Entscheidung.

## Fehler der Vergangenheit

Mit Erlass vom 17. August 2009 (Planstellenbewirtschaftung im gehobenen Dienst der Polizei) hatte das Innenministerium für alle Polizeibehörden angeordnet, dass bis zu einer neuen Regelung freie/frei werdende Funktionen der Besoldungsgruppen A 12 und A 13 nicht mehr als höherwertige Dienstposten ausgeschrieben werden dürfen, dass diesbezüglich laufende und noch nicht abgeschlossene Besetzungsverfahren höherwertiger Dienstposten abzubrechen sind. Lediglich besoldungsgleiche Besetzungen und die Übertragung kommissarischer Aufgabenwahrnehmungen seien weiterhin zulässig.

Hintergrund für diesen Erlass war eine Abfrage des Ministeriums bei den Kreispolizeibehörden aus Mai 2009 zu der Frage, in welchen Funktionen von 2007 bis Mitte 2009 die zugewiesenen Beförderungen durchgeführt wurden, bzw. in welchen Funktionen die zugewiesenen weiteren Stellen bis 2011 befördert werden sollen. Als Ergebnis dieser Abfrage musste das Ministerium feststellen, dass offenbar einige Behörden ihre eigene Definition von der Umsetzung der Funktionszuordnung vorgenommen hatten. So verwundert es zum Beispiel schon,

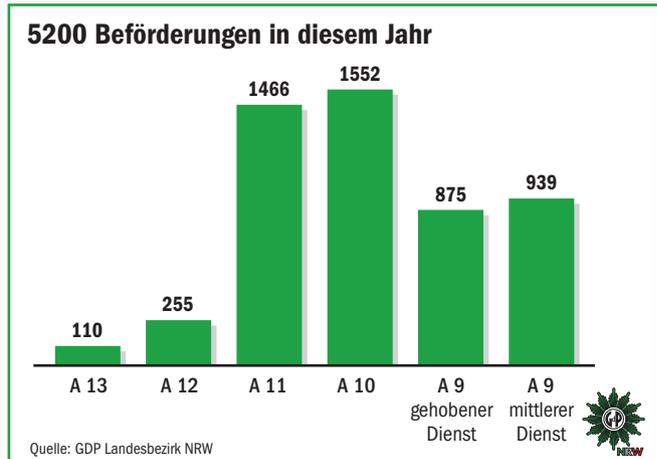
dass ohne eine Veränderung der Verteilung in den Behörden am Ende der ersten Umsetzungsphase (2007 bis 2011) im Bereich Wachdienst 10 Prozent weniger Funktionen mit A 13 besetzt gewesen wären, als zu Beginn des Verfahrens 2007. Und im Bereich der Kommissariate gingen die Beförderungen nach A 12 auch nicht vorrangig in die Führung – also die Funktionen, für die die Stellen eigentlich gedacht sind –, sondern mehrheitlich in die Sachbearbeitung des Ermittlungsdienstes. Dass das Innenministerium einer derartigen Umsetzung in den Behörden nicht weiter tatenlos zusehen würde, war zu erwarten.

Hinzu kommt die aktuelle Rechtsprechung mehrerer Verwaltungsgerichte, die die Vorgehensweise einiger Behörden bei Beförderungen bzw. Nichtbeförderungen aus Gründen der Planstellenbewirtschaftung als rechtswidrig erklärten. Nach Ansicht der Gerichte wurde durch die gewählten Beförderungsauswahlverfahren zur Umsetzung des Erlasses zur Funktionszuordnung der Grundsatz der Bestenauslese aus Art. 33, Absatz 2 Grundgesetz verletzt. Auch das machte neue Überlegungen seitens des Ministeriums erforderlich, die in den Erlassentwurf eingeflossen sind.

Für die GdP war dessen erster Entwurf dennoch untragbar. Landesvorsitzender Frank Richter: „Bereits nach der ersten Bewertung war klar, dass dieser Entwurf

niemals Realität werden durfte, weil sonst der soziale Frieden in der Polizei im Höchstmaß gefährdet gewesen wäre.“

Aus Sicht der GdP gibt es keinen Grund, die aus Sicht der Personalentwicklung erforderliche Übergangszeit von zehn bis 15 Jahren zu streichen. Genau das aber hatte der Innenminister zunächst geplant. Mit weitreichenden Folgen. Denn: Wem und welchen Aussagen hätten Führungskräfte in der Polizei in Zukunft noch vertrauen können? Wie hätte es mit der Berechenbarkeit von Führungsentscheidungen ausgesehen,



**In den vergangenen Monaten hat sich die politische Debatte vor allem auf die Verteilung der Beförderungsmöglichkeiten in den Spitzenfunktionen des gehobenen Dienstes konzentriert. Die weitaus meisten Beförderungen ergeben sich aber als Folge der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn in den darunter liegenden Besoldungsgruppen.**

wenn zum Beispiel Kolleginnen und Kollegen im Vertrauen auf konkrete Zusagen Behörden gewechselt und persönliche Nachteile in Kauf genommen hätten, um dann festzustellen, dass sie die zugesagte Funktion plötzlich durch eine landesweite Stellenausschreibung wieder verlieren? Fragen über Fragen, auf die der erste Entwurf keine Antwort gegeben hat.

## Verhandlungsziele der GdP

Bei den Gesprächen mit dem Innenminister, die die GdP umgehend nach Bekanntwerden des Erlassentwurfs aufge-



Fortsetzung von Seite 3

nommen hat, standen deshalb drei Kernziele im Vordergrund:

1. Die Ausgestaltung eines Vertrauensschutzes für alle Kolleginnen und Kollegen, die sich in der aktuellen Beurteilungsrunde auf eine höherwertige Stelle beworben haben, die diese im Rahmen eines Auswahlverfahrens (Bestenauslese) bereits erhalten haben oder sich bereits auf einer höherwertigen Funktion befinden. Und zwar unabhängig davon, ob sie diese Funktion nach einer landesweiten oder einer behördeninternen Ausschreibung erhalten haben.

2. Ein Bestandsschutz für alle Kolleginnen und Kollegen, die eine kommissarische unterwertig besetzte Stelle innehaben auf einen nach der Funktionszuordnung höher bewerteten Dienstposten nach A 12 oder A 13. Dies gilt sowohl für eine aktuelle Besetzung als auch für die Möglichkeit einer zukünftigen Ausschreibung des Dienstpostens.

3. Die Verhinderung eines generellen Beförderungsausschlusses von Dienstbereichen, in denen die Zahl der vorgesehenen Planstellen A 12 und A 13 ausgeschöpft sind oder Überhänge während der aktuellen Beurteilungsrunde bestehen.

### Durchgesetzte Veränderungen

In drei Kernbereichen konnten GdP und der Hauptpersonalrat wesentliche Veränderungen im Vergleich zum ersten Erlassentwurf durchsetzen:

*Ziffer 2 (1) – Funktionen ohne Beförderung:* Im endgültigen Erlass wird klar gestellt, dass die Behörden auch weiterhin die Möglichkeit haben, eine Funktion der Besoldungsgruppe A 12 und A 13 in Form einer kommissarischen Aufgabenwahrnehmung zu besetzen. Das bedeutet, dass auch weiter ein A 11er auf einer A 12er-Funktion und ein A 12er auf einer A 13er-Funktion bleiben kann. Soll der Stelleninhaber auf dieser Funktion jedoch befördert werden, muss die Stelle landesweit ausgeschrieben werden.

*Ziffer 3 (2) – Funktionen mit Beförderungen:* Hier wird im Erlass festgelegt, dass eine Beförderungsmöglichkeit für eine Behörde nicht dadurch verloren geht, dass sich im landesweiten Verfahren ein statusgleicher Beamter den Zuschlag erhält. In diesem Fall bleibt die Beförderungsstelle der Behörde erhalten. Sie kann, falls das Stellensoll noch nicht ausgeschöpft ist, neu ausgeschrieben werden.

*Ziffer 5 – Übergangsregelungen:* Fol-

gende nachstehende Übergangsregelung gilt bis zum nächsten Stichtag für die Regelbeurteilung gehobener Dienst (längstens aber bis zum 31. 5. 2011):

Beamtinnen und Beamte, denen bereits vor Bekanntgabe des Erlasses eine der Wertigkeit A 12 oder A 13 zugeordnete Funktion dauerhaft übertragen wurde, können ohne erneute Ausschreibung in die entsprechende Besoldungsgruppe befördert werden, wenn

- die Funktion in Übereinstimmung mit den zum Zeitpunkt der Ausschreibung gültigen Erlassen zur FZO gehobener Dienst der entsprechenden Wertigkeit zugeordnet war,
- behördenweit bzw. nach Bekanntgabe des Erlasses vom 2. 10. 2008 landesweit als höherwertiger Dienstposten unter konkreter Benennung der Wertigkeit ausgeschrieben wurde,

- eine Auswahl unter Beachtung der Kriterien der Bestenauslese getroffen wurde,
- die Beamtin oder der Beamte die Funktion weiter innehat.

In den Verhandlungen mit dem Innenminister konnten also die größten Fehler in der FZO beseitigt werden, vor allem dank der GdP-Fraktion im Polizeihauptpersonalrat. Frank Richter: „Jetzt kommt es darauf an, die Funktionszuordnung mit dem nötigen Augenmaß umzusetzen. Das wird aber nur gelingen, wenn alle Beteiligten – Beamte und Führungskräfte, Behördenleitungen und Personalräte – beteiligt werden. Positiv wertet die GdP auch, dass sich Innenminister Ingo Wolf am Ende nicht weiter dem aktuellen Stimmungsbild in den Behörden und den Sachargumenten der GdP verschlossen hat.“

## Ein Plus, aus dem schon bald ein Minus wird

Seit Anfang Januar haben die Beschäftigten mehr Geld in ihrer Tasche, denn seit diesem Zeitpunkt greift die höhere steuerliche Absetzbarkeit der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung. Eine Spätwirkung des bereits im Sommer vergangenen Jahres vom Bundestag verabschiedeten „Bürgerentlastungsgesetzes Krankenversicherung“.

Mit dieser Entlastung der Arbeitnehmer brüsten sich die Politiker der Regierungsparteien gerne. Aber sie verschweigen dabei, dass die Bundesregierung, übrigens noch die alte Große Koalition, die Entlastung nicht freiwillig auf den Weg gebracht hat, sondern dass sie erst durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes dazu gezwungen worden ist. Zudem ist völlig unklar, ob die Beschäftigten lange Freude an dieser Entlastung haben werden, denn die neue, schwarz-gelbe Bundesregierung plant bereits einen Systemwechsel im Gesundheitswesen. Mit weitreichenden Folgen für die Beschäftigten.

Und das ist längst nicht der erste Einschnitt zu Lasten der Beschäftigten: Schon bei der ersten Stufe der Gesundheitsreform wurde die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung zum Nachteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgeweicht, mit der zweiten Stufe wurde sie ab 2009 weiter verschoben. Seitdem gilt ein einheitlicher Bei-

tragsatz von 14,9 Prozent. 7 Prozent tragen die Arbeitgeber. Die übrigen 7,9 Prozent müssen die Arbeitnehmer aufbringen. Zudem sind in den kommenden Jahren Zusatzbeiträge zu erwarten, für die allein die Beschäftigten aufkommen sollen. Und ab 2011 soll schließlich der Arbeitgeberanteil eingefroren werden. Das Risiko steigender Beiträge sollen ab diesem Zeitpunkt die Arbeitnehmer alleine tragen. Die paritätische Finanzierung der Sozialversicherungssysteme wäre dann endgültig Geschichte.

Geht es nach Schwarz-Gelb sollen die Einschnitte sogar noch größer sein: Denn die Bundesregierung plant eine einkommensunabhängige Kopfpauschale – in welcher Höhe muss noch entschieden werden. Zwar soll es einen steuerfinanzierten Ausgleich für Beschäftigte mit geringem Einkommen geben, dennoch dürfte unter dem Strich für die Beschäftigten wieder einmal alles teurer werden. Auch wenn die wahren Belastungen den Wählerinnen und Wählern vorerst verschwiegen werden, weil die Bundesregierung zuvor das Ergebnis der Landtagswahl am 9. Mai abwarten will, steht bereits jetzt fest, dass die durch das Bürgerentlastungsgesetz wirkenden Verbesserungen beim Nettoeinkommen schon sehr bald durch die Umsetzung der Koalitionsabsichten aufgeessen oder gar ins Minus gekehrt werden sollen.

**Brigitte Herrschaft**



## Tarifforum 2010

Noch sind es etliche Monate bis zum Beginn der nächsten Tarifrunde für die Länder am Ende dieses Jahres, aber die ersten Weichen, wie viel Geld die Tarifbeschäftigten bei der Polizei und damit indirekt auch die Polizeibeamtinnen und -beamten ab 2011 bekommen, werden bereits jetzt gestellt, bei den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen. Denn das Verhandlungsergebnis dort wirkt sich auch auf die Höhe der späteren Tarifforderungen für die Länder aus.

Einer der Schwerpunktthemen des Tarifforums 2010 des GdP-Landesbezirks am 26. Februar in Oberhausen ist deshalb der Stand der Tarifverhandlungen bei Bund und Kommunen. Diese gehen kurz zuvor, vom 11. bis 13. Februar, in die dritte, womöglich bereits entscheidende Runde. Ein weiteres zentrales Thema ist die Stellenbewirtschaftung bei der Polizei. Denn es sind vor allem die Tarifbeschäftigten, auf die in den vergangenen Jahren ein Großteil des Arbeitsplatzabbaus bei der Polizei in NRW entfallen ist. Zudem werden die Tarifbeschäftigten beraten, wen sie als Vertreter ihrer Interessen im neu zu wählenden Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand der GdP (GVS) vorschlagen wollen.

Mehr Infos: bernd.kohl@gdp-nrw.de

## Korrektur

2010 kommen, wie in der letzten Ausgabe berichtet, auf die GdP-Mitglieder in NRW gleich vier Gewerkschaftskongresse zu: die DGB-Bezirkskonferenz am 5. und 6. Februar in Hamm, der Landesdelegiertentag der GdP vom 20. bis 22. April in Dortmund, der DGB-Bundeskongress vom 16. bis 20. Mai in Berlin und der GdP-Bundeskongress in Berlin. Letzterer findet aber nicht, wie irrtümlich berichtet, im Oktober, sondern vom 22. bis 24. November statt.

## Tauschpartner Hessen – NRW

Polizeioberkommissar aus Hessen (z. Z. PP Frankfurt/M., 14. Revier, Ermittlungsgruppe) sucht dringend Tauschpartner aus NRW. Besoldungsgleichheit nicht zwingend erforderlich.

Mehr Infos: Tel. 0170/2 00 38 82, E-Mail: tvogt81@web.de

## Wir sind die GdP



Mit Anke Nowak (links) und Sandra Anders verstärken seit Anfang des Jahres gleich zwei neue Kolleginnen die Geschäftsstelle in der Gudastraße. Beide sind für die GdP keine ganz neuen Gesichter mehr.

Anke Nowak (38) ist bereits 1993, nach einer Ausbildung zur Anwaltsgehilfin, zum GdP-Bundesvorstand gekommen. Als Mitarbeiterin der Abteilung Recht hatte sie nicht nur mit Rechts- und Satzungsfragen zu tun, sondern auch mit dem Bereich Kriminalpolitik und mit der Vorbereitung der Bundeskongresse. Am Wechsel von Berlin nach Düsseldorf schätzt sie vor allem die größere Mitglieder-nähe. „Was im Landesbezirk passiert, ist viel greifbarer als die Arbeit auf Bundesebene. Hier stehen die Mitglieder stärker im Vordergrund.“

Auch Sandra Anders (32) war vor ihrem Wechsel zur GdP bereits im Gewerkschaftsbereich aktiv. Erst ehrenamtlich während ihres Studiums als Sozialwissenschaftlerin in der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, seit 2004 hauptamtlich als Jugendbildungssekretärin beim DGB Dortmund. Sandra Anders wird sich im Landesbezirk vor allem um die Studierenden an der Fachhochschule und um die Junge Gruppe kümmern. Sie will „sich nicht nur für die sozialen Belange der jungen Kolleginnen und Kollegen einsetzen, sondern auch mithelfen, dass sich der Nachwuchs der GdP mit eigenen Positionen in die politischen Diskussionen einbringt“. Vor dem Wechsel zur GdP hatte Sandra Anders im vergangenen Jahr bereits ein vierwöchiges Praktikum in der Gudastraße absolviert.

## GdP aktiv

**2. 2.,** Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Soest, 17.00 Uhr, Restaurant Ortwein, Bökenförder Str. 8, Lippstadt

**23. 2.,** Jahreshauptversammlung mit Wahlen der Kreisgruppe Siegen-Wittgenstein, 17.00 Uhr, Restaurant im Haus der Siegerländer Wirtschaft, Spandauer Str. 25, Siegen

**25. 2.,** Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Remscheid, 14.00 Uhr, Club-

raum der Polizeiinspektion Remscheid

**3. 3.,** Skatturnier der Kreisgruppe Heinsberg, 15.00 Uhr, Kantine der Kreisverwaltung Heinsberg. Teilnahmeberechtigt sind alle aktiven und ehemaligen Angehörigen der Kreisgruppe. Schirmherr ist Landrat Stephan Pusch

**4. 3.,** Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Wuppertal, 14.00 Uhr, Polizeipräsidium, Saal 300, Friedrich-Engels-Allee 228, Wuppertal



# Kriminalforum 2010

Kaum ein Delikt hat so schwerwiegende psychosoziale Folgen bei den Opfern wie ein Einbruch in die eigene Wohnung. Einbrüche sind ein massiver Eingriff in die Intimsphäre der Opfer – mit erheblichen Langzeitwirkungen. „Wohnungseinbrüche – kein Grund zur Entwarnung“ lautet deshalb der Titel des zweiten Kriminalforums der Gewerkschaft der Polizei NRW am 25. Februar in Düsseldorf. In Zentrum des Kriminalforums steht nicht nur die Frage, wie die Zahl der Wohnungseinbrüche weiter reduziert werden kann, sondern es geht auch um die Verbesserung des Opferschutzes. Um konkrete Hilfsmaßnahmen der Polizei, damit sich die Opfer nach einem Einbruch in ihrer eigenen Wohnung wieder sicherfühlen können.

Wie wichtig die Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen ist, zeigt auch ein Blick in die Polizeiliche Kriminalitäts-Statistik (PKS). Lag die Zahl der Woh-

nungseinbrüche 2001 NRW-weit noch bei 46 683 Fällen, so gab es 2007 nur noch 37 393 Einbrüche. Ein Erfolg, der auch auf die polizeiliche Präventionsarbeit zurückzuführen ist. Inzwischen gehen die Zahlen aber wieder nach oben. 2008 wurden bereits 38 002 Wohnungseinbrüche gezählt. 2009 waren es auf der Basis der Findus-Auswertung sogar 41 000 Einbrüche. Mit einem materiellen Schaden von 60 Millionen Euro. Noch wichtiger als der Schaden selbst ist für das Sicherheitsgefühl der Bürger die Gefahr eines Wiederholungseinbruchs, und damit die Aufklä-

rungsquote. Sie liegt mit aktuell knapp 20 Prozent eher im unteren Teil der Kriminalstatistik.

Teilnehmer des Kriminalforums der GdP am 25. Februar sind Experten des Landeskriminalamts, von Polizeipräsidien und Landratsbehörden aus ganz NRW. Ergänzt werden deren Analysen durch einen Vortrag des Direktors des Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN), Professor Dr. Christian Pfeifer, über neue Handlungsoptionen zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchsdelikten.

Infos und Anmeldung:

Christel Schmeling, GdP-Landesbezirk NRW, Tel. 02 11/2 91 01 14, E-Mail: christel.schmeling@gdp-nrw.de

## Die GdP gratuliert

### 90. Geburtstag

- 5. 2. Wilhelmine Hänsdieke, Düsseldorf
- 7. 2. Hedwig Krause, Essen
- 9. 2. Hans König, Dortmund
- 12. 2. Ruth Tönnies, Troisdorf
- 14. 2. Wilhelm Bongartz, Mönchengladbach
- 17. 2. Josef Tomczak, Detmold
- 21. 2. Wilhelm Roeben, Dortmund
- 27. 2. Gertrud Birkner, Bonn

### 91. Geburtstag

- 4. 2. Hilde Engel, Bocholt
- 12. 2. Anneliese Dohmen, Duisburg  
Gertrud Scheyna, Duisburg
- 17. 2. Ilse Wunsch, Oberhausen
- 20. 2. Elisabeth Renzing, Oberhausen
- 25. 2. Anna Opgenoorth, Paderborn  
Helene Werner, Issum
- 26. 2. Hildegard Quarz, Bremen
- 28. 2. Luise Klanke, Dortmund  
Grete Mett, Hückelhoven

### 92. Geburtstag

- 12. 2. Elli Ostermann, Dortmund
- 13. 2. Johanna Reinert, Bielefeld
- 20. 2. Anneliese Dahl, Weißenhorn
- 27. 2. Margarete Rode, Solingen

### 93. Geburtstag

- 6. 2. Margarete Meurer, Köln

- 7. 2. Josef Krawczik, Rosendahl
- 19. 2. Hildegard Fritsche, Dortmund

### 94. Geburtstag

- 11. 2. Anni Pharrherr, Meinerzhagen
- 16. 2. Ella Anni Münster, Krefeld
- 26. 2. Elli Engels, Wuppertal  
Johanna Leben, Gelsenkirchen

### 95. Geburtstag

- 5. 2. Margot Langner, Iserlohn
- 7. 2. Karl Heinrichs, Aachen

### 98. Geburtstag

- 15. 2. Willy Kohlstock, Iserlohn
- 19. 2. Erna Eckert, Burgstetten
- 24. 2. Werner Matzdorff,  
Preußisch Oldendorf
- 25. 2. Egon Zwanzig, Reichertshausen

### 99. Geburtstag

- 14. 2. Johann Naumann, Wuppertal
- 19. 2. Maria Adelman, Leverkusen

### 102. Geburtstag

- 20. 2. Hermine Mieth, Leichlingen

### 106. Geburtstag

- 28. 2. Hedwig Schiebel, Lage

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe:  
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

**Geschäftsstelle:**  
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf  
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 2 91 01-0  
Internet: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)  
E-Mail: [info@gdp-nrw.de](mailto:info@gdp-nrw.de)

**Redaktion:**  
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)  
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 32  
Telefax: (02 11) 2 91 01 46  
E-Mail: [stephan.hegger@gdp-online.de](mailto:stephan.hegger@gdp-online.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32  
vom 1. April 2009

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die März-Ausgabe ist der 8. Februar.**

**GdP-Service GmbH NRW:**  
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45  
Telefax: (02 11) 2 91 01 15  
Internet: [www.gdp-service-nw.de](http://www.gdp-service-nw.de)  
E-Mail: [penguin@gdp-service-nw.de](mailto:penguin@gdp-service-nw.de)



# Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüros**



## Südtirol

- Das Gute liegt so nah -  
**7. bis 14. Juni 2010**



**Südtirol liegt in Oberitalien und gehört zu den schönsten Urlaubsgebieten in Europa. Die Landschaft ist geprägt durch die südlichen Alpen und die Dolomiten. Der einzigartigen Lage an der Sonnenseite der Alpen verdankt Südtirol seine natürliche und kulturelle Vielfalt. Der prämierte Südtiroler Wein, die Erlebnis-Skigebiete, die Dolomiten und weitere Highlights machen Südtirol zu einem ganz besonderen Ort, den es immer wieder neu zu entdecken gilt.**

### Eingeschlossene Leistungen:

- Flug ab/bis Köln nach Innsbruck
- 7 Übernachtungen mit Frühstück in einem Mittelklassehotel
- 6 x Abendessen im Hotel
- 1 x Galadinner im Hotel
- Transfers und Ausflüge in modernem Reisebus
- Ganztagesausflug Dolomitenrundfahrt
- Ganztagesausflug Meran und Kaltern
- Ganztagesausflug Bozen und Ritten
- Halbtagesausflug Brixen und Kloster Neustift

**Reisepreis pro Person im Doppelzimmer ab**

**€ 799,-**

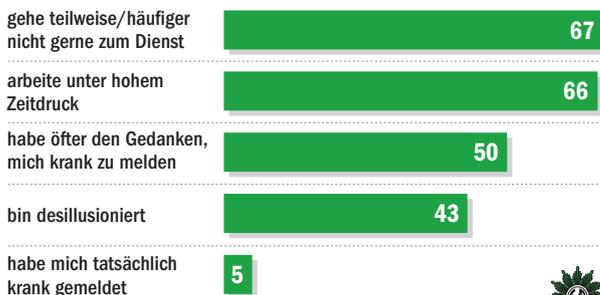
**Bitte fordern Sie unsere ausführliche Ausschreibung an!**

**GdP-Service GmbH NRW • Gudastr. 9 • 40625 Düsseldorf**

**Tel.: 0211/29101-44/45/64 • Fax: 0211/29101-15 • [www.gdp-service-nw.de](http://www.gdp-service-nw.de) • [pinguin@gdp-service-nw.de](mailto:pinguin@gdp-service-nw.de)**

**Enormer Arbeitsdruck**

Umfrage der GdP Gelsenkirchen zur Arbeitszufriedenheit in der Direktion K (Zustimmung in Prozent)



Quelle: GdP-Kreisgruppe Gelsenkirchen



**Für die meisten Polizisten ist die Arbeit bei der Polizei ein Traumberuf. Mit dem massiv gestiegenen Arbeitsdruck ist in den vergangenen Jahren die Arbeitszufriedenheit allerdings deutlich gesunken. Dennoch geht der weit überwiegende Teil der Polizisten selbst dann zur Arbeit, wenn er sich überlastet oder krank fühlt.**

**Werbeaktion 2010**

**Glücksnummern des Monats**

- 45 18045  
Christina Schäfer, Aachen
- 45 18507  
Stefan Matis, Hagen
- 45 17387  
Anne Christina Rudloff, Dortmund
- 45 18290  
Markus Kempster, Köln

**Die Gewinner erhalten einen Rucksack Bullet.**

**Senioren aktuell**

**Kreisgruppe Coesfeld**

23. Februar, Stammtisch mit den Themen Schwerbehindertenrecht und Pflegeversicherung Teil II, Treffpunkt: 14.30 Uhr, St.-Barbara-Haus, Kappellenweg 75, Dülmen

**Kreisgruppe Duisburg**

17. März, Jahreshauptversammlung der Senioren, Treffpunkt: 15.00 Uhr, PSV-Vereinsheim, Futterstraße, Duisburg

**Kreisgruppe Heinsberg**

22. Februar, Denken an Übermorgen: Testament – Vorsorgevollmacht – Patientenverfügung, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Gaststätte Sodekamp-Dohmen, Hückelhoven-Hilfrath

**Kreisgruppe Autobahnpolizei/Verkehr Köln**

26. Februar, Seniorenstammtisch zu aktuellen Themen mit dem Vorstand und dem BV-Vorsitzenden, Treffpunkt: 16.00 Uhr, Brauerei Malzmühle, Heumarkt, Köln

**Kreisgruppe Köln**

18. Februar, Infotreffen Gefahren im Chat/Internet und an der Haustür, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Köln

**Kreisgruppe Wuppertal**

9. Februar, Brandschutz im Reiseverkehr, Vortrag der Feuerwehr, Treffpunkt: 14.30 Uhr, Polizeiwache Wuppertal-Langerfeld (Hintereingang), Schwenmer Str. 15a

**Kreisgruppe Bochum/Stammtisch Wattenscheid**

Im Seniorenkalender 2010 (Beilage im Landesjournal 1/2010) war der regelmäßige Treff-Termin falsch angegeben: Der Stammtisch findet nicht an „jedem 1. Mittwoch“, sondern an „jedem 2. Dienstag“ im Monat statt.

**NACHRUF**

Corban, Horst	4. 8. 1937	Höxter	Liebens, Edmund	18. 1. 1923	Wesel
Drießen, Joseph	25. 2. 1926	Aachen	Martin, Harry	13. 10. 1925	Mettmann
Ernst, Manfred	5. 7. 1930	Herford	Mediger, Anna	30. 5. 1912	Köln
Gebauer, Käthe	7. 9. 1916	Gelsenkirchen	Pankoke, Karl Josef	4. 1. 1928	Höxter
Gies, Emma	23. 2. 1915	Mettmann	Peters, Johanna	28. 11. 1913	Bonn
Hill, Jürgen	1. 2. 1959	Wesel	Scheuven, Maria	27. 2. 1926	Wesel
Himmelman, Friedrich	4. 6. 1927	Bochum	Schrock, Horst	18. 5. 1926	PP Dortmund-Autobahnpolizei
Hohenstein, Friedrich	29. 7. 1918	Höxter	Schürmann, Egon	22. 6. 1922	Bielefeld
Holtz, Irmgard	25. 12. 1915	Coesfeld	Stövesand, Agnes	25. 7. 1920	Warendorf
Jung, Brunhilde	13. 5. 1916	Recklinghausen	Theil, Jürgen	25. 10. 1949	Coesfeld
Junkers, Lothar	22. 11. 1926	Autobahnpolizei	Thiem, Harry	26. 8. 1922	Lippe
Jurowski, Erna	19. 7. 1908	Düsseldorf	Vogt, Georg	8. 2. 1916	Erfurtkreis
Kuhr, Johannes	8. 7. 1916	Paderborn	Waldhausen, Heinz	22. 7. 1939	Wesel
Kulik, Karlheinz	8. 11. 1922	Mönchengladbach	Waßmann, Emil	27. 8. 1921	Wuppertal
Lang, Peter	3. 3. 1919	Gelsenkirchen	Wetzels, Maria	25. 5. 1919	Krefeld
Lenz, Emma	19. 5. 1912	Köln	Wirtz, Hildegard	25. 11. 1917	Essen/Mülheim
		Wuppertal			

